

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 5.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gepalt. Millimeterzeile für Arbeitseigenschaft 2.00 M. Geschäfts- u. Privatanzelgen 4.00 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 16

Duisburg, den 22. April 1922

23. Jahrgang

## Gewerkschaft, Lehrlingsfrage und Handwerk

Wilhelm Gröne.

I.

Die christlichen Gewerkschaften, vor allem auch unser Christlicher Metallarbeiterverband, sind seit langen Jahren bemüht, als Jugendzieher und Schlichter der Rechte Jugendlicher zu wirken. Vor und auch noch während des Krieges sind die Gewerkschaften von den Arbeitgebern und deren starken Organisationen mit allen möglichen Mitteln bekämpft worden. Man hat sich aber im Laufe des Krieges, besonders während der Zeit des Hilfsdienstgesetzes, mit der Tätigkeit der Gewerkschaften abgefunden und sie am Schluß des Krieges durch die Ermahnungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft anerkannt. Eine gleiche Erscheinung wie vor dem Kriege bei der Großindustrie, finden wir heute noch bei den Handwerksmeistern vor, insbesondere, wo es sich darum handelt, mit den maßgebenden Organisationen des Handwerks über Fragen, die das Lehrverhältnis betreffen, zu verhandeln. Noch nie sind die Gewerkschaften auf solchen Widerstand gestoßen bei der Durchführung ihrer Bestrebungen wie bei Lehrlingsfragen im Handwerk. Die Organe des Handwerks betonen stets, daß nur das Handwerk selbst ein Recht habe, Bestimmungen über das Lehrlingswesen zu treffen.

Die Gewerkschaften hätten nichts dreinzureden in der Lehrlingsfrage, die Lehrverträge seien maßgebend und der Lehrvertrag sei kein Arbeitsvertrag.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in einer Frage von so großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie sie das Lehrlingswesen darstellt, für Erörterungen und Beschlüsse auf diesem Gebiete nur die Handwerksmeister selbst bestimmen können. Wir müssen, um in Zukunft auf dem Weltmarkte unsere Waren obliegen zu können, noch mehr als bisher Qualitätsware liefern. Qualitätsware setzt aber Qualitätsarbeiter voraus. Um Qualitätsarbeiter zu bekommen ist Bedingung, daß wir über einen tüchtigen Nachwuchs verfügen. Wie können wir aber der Industrie und dem Handwerk den nötigen jährlichen Nachwuchs sichern, wenn wir nicht bei der Lehrlingshaltung wirksam sind?

Es ist dringend notwendig, daß das gesamte Lehrlingswesen auf gesetzlicher Grundlage neu geregelt wird.

Auf den verschiedensten Gebieten sind Mißstände vorhanden. Gerade im Metallhandwerk haben wir es zum Teil noch mit einer Lehrlingszuchterei zu tun. So sind im Essener Schloßergewerbe 130—140 Gesellen und mehr als 500 Lehrlinge beschäftigt, im Schmiedegewerbe hierseits sind neben 2 Duzend Gesellen zirka 240 Lehrlinge beschäftigt. Daß bei einer derartig großen Lehrlingszahl keine praktische Ausbildung möglich ist, dürfte allen Einsichtigen klar sein. Wahrscheinlich, wenn auch nicht in dem Maße wie in Essen, liegen die Verhältnisse auch in den anderen Städten des Bezirkes. Als weiterer Mißstand muß bezeichnet werden: die überlange Lehrzeit, zum großen Teil 4 Jahre. In einer Lehrzeit von 3 bis 3 1/2 Jahren ist eine geordnete Ausbildung möglich.

Die Lehrlingsausbildung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Das Prüfungswesen bedarf einer Aenderung. Am schlimmsten steht es mit der Lehrlingsentschädigung aus. In vielen Fällen erhalten die Lehrlinge gar keine Entlohnung, zum Teil erhalten sie Taschengeld. Ein anderer Teil der Handwerksmeister hat kleine Entschädigungen eingeführt, so bekommen die ältesten Lehrlinge wöchentlich bis 50 Mark. Hier und dort sind auch Ausnahmen zu verzeichnen. Jedoch muß betont werden, daß eine Anzahl von Lehrlingen nur ein Taschengeld erhält. In der Essener Schlosser-Zunft wird überhaupt keine Entschädigung gezahlt. Früher erhielt der Lehrling Kost und Logis, dazu auch noch Kleidung. Trotzdem sich die Handwerksmeister stets auf die alten Verhältnisse stützen, ist man aber hier nicht bereit, die diesbezüglichen alten Verhältnisse wieder einzuführen. Die Meister haben es sehr gut verstanden, die Preise für Lehrlingsarbeiten nach der Geldentwertung festzusetzen, die Lehrlinge aber erhalten zum großen Teil nichts, zum anderen Teil nur geringe, bei den Verhältnissen nicht entsprechende Entschädigungen.

Ein Teil der Handwerksmeister kann dabei nicht sehen, daß die Lehrlinge sich der Jugendabteilung des Christlichen Metallarbeiterverbandes anschließen und verbieten den Lehrlingen den Beitritt zu derselben. Dabei werden die Lehrverträge in vollständig einseitiger Weise von den Handwerksmeistern den Eltern der Lehrlinge diktiert, ein Mitbestimmungsrecht haben die Eltern nicht. Auch die Gesellen haben kein Recht, über die Verhältnisse im Lehrlingswesen mitzubestimmen. Die vielgenannten

Gesellenausschüsse haben durchaus versagt. Z. B. wurden in einem Jahre von den rund 12 000 bestehenden Innungen, die alle den Handwerkskammern unterstellt waren, 2259 das Handwerk betreffende Gutachten erstattet, ferner 6500 Eingaben erledigt.

Die Handwerkskammern waren also für die Interessen der Meister sehr umfangreich tätig. Die Gesellenausschüsse, die in vielen Fragen mitarbeiten sollten, haben aber nur in 308 Fällen mitgewirkt. So steht die Mitarbeit der Gesellen tatsächlich nur auf dem Papier. Das Betriebsratsgesetz gilt für die kleinen Handwerksbetriebe nicht, sondern ist ein Ausnahmestück zu Gunsten der Arbeiter großer Betriebe. So hat der Handwerksmeister auch in dieser Beziehung Sonderrechte erhalten. Er scheidet und waltet darum in seinem Betriebe wie er will. Er heuert die Lehrlinge aus wie es ihm gefällt, ohne daß die Gewerkschaften wirksam dagegen einschreiten können. Der Handwerksmeister darf auch wegen Zugehörigkeit zum Christlichen Metallarbeiterverband seine Lehrlinge entlassen, ohne daß der Staatsanwalt einzuschreiten in der Lage ist.

In Essen forderte vor kurzem die Firma Bals sämtliche Lehrlinge auf, aus dem Christlichen Metallarbeiterverband auszutreten und die Verbandsbücher bei ihm abzugeben. Alle, die sich weigern würden, sollten sofort entlassen werden. Da sich 2 Lehrlinge im Auftrage der Eltern geweigert haben, den Austritt aus dem Verband zu erklären, sind diese sofort entlassen worden. Der Christliche Metallarbeiterverband hat auf Grund des § 159 der Reichsverfassung dem Staatsanwalt Mitteilung davon gemacht und ihn gebeten, er möge eingreifen. Der Staatsanwalt teilte aber in einem Schreiben mit, daß er nicht einschreiten könne, weil die Angelegenheit Privatsache sei. Daraufhin haben wir Klage wegen Entschädigung und Wiedereinstellung am Landgericht Essen erhoben. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Man streitet sich gegenseitig darüber, ob die Lehrlinge überhaupt ein freies Vereins- und Versammlungsrecht haben. Selbst die Gerichte sind sich nicht vollständig darüber klar.

Eine besonders rüchständige Einrichtung

Keller, die noch bestehenden Innungsschiedsgerichte dar. Ein Meister führt da gewöhnlich den Vorsitz. Die Mitglieder bestehen dann zur Hälfte aus Gesellen und Meistern. Daß bei einer solchen Zusammenkunft unter Vorsitz eines Innungsmeisters nur der Meister stets Recht bekommt, ist bei dem Rechtsempfinden unserer Handwerksmeister nur zu verständlich. Wir christlichen Gewerkschafter verlangen Wahrung der Arbeitsverhältnisse sowie Mitbestimmungsrecht in allen Lehrlingsfragen. Die Handwerksmeister sagen nun, das Lehrverhältnis sei kein Arbeits-, sondern lediglich ein Erziehungsverhältnis und in Erziehungsfragen hätte nur der Meister bzw. der Lehrherr zu bestimmen. Es ist die Frage zu stellen, ob das Lehrverhältnis nur Erziehungsverhältnis oder auch Arbeitsverhältnis ist. Das deutsche Gewerbegerichts-gesetz vom Jahre 1900 hat im § 8 die Lehrlinge den Arbeitern gleichgestellt, somit entscheidet das Gewerbegericht auch über Lehrlingsstreitigkeiten. Die Gewerbeordnung Ziffer VII zählt die Lehrlinge zu den gewerblichen Arbeitern. Das Betriebsratsgesetz unterstellt die Lehrlinge ebenfalls dem Gesetz. Bei ungerechtfertigter Entlassung kann der Lehrling Einspruch gegen die Entlassung erheben. Das Reichsarbeitsministerium stellt sich auf den Standpunkt, daß der Lehrvertrag einem Arbeitsvertrag gleichzuachten sei. Eine Reihe Schlichtungsausschüsse haben in Lehrlingsangelegenheiten Schiedssprüche gefällt und dabei betont, daß das Lehrverhältnis auch Arbeitsverhältnis sei (Essen, Kiel, Barmen und andere). Einige Demobilmachungskommissionen haben die Schiedssprüche bezüglich Lehrlingslöhne usw. für verbindlich erklärt (Schiedssprüche für Schlosser- und Schmiedelehrlinge der Schlosser- und Schmiedezunft in Essen). Auch andere christliche Gewerkschaften und unser Christlicher Metallarbeiterverband haben sich stets auf das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge gestützt und Forderungen an die Arbeitgeber, Innungen, Handwerkskammern, behördliche Instanzen und Regierungen eingereicht.

Im Jahre 1918 stellte unser Verband auf seiner Generalversammlung die verschiedensten Forderungen bezüglich gesetzlicher Regelung des Lehrlingswesens auf. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften reichte im Jahre 1918 ebenfalls dem Reichsarbeitsamt Forderungen bezüglich Lehrlingswesen ein. Die Eingaben stützen sich stets darauf, daß das Lehrverhältnis auch Arbeitsverhältnis sei. Die Zentralarbeitsgemeinschaft gab am 1. April 1921 Richtlinien für die gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens heraus. Darin heißt es, daß das Lehrverhältnis kein reines Arbeitsverhältnis sei, also immerhin Arbeitsverhältnis. Die Lehrlingsfrage drängt jetzt zur Entscheidung. Im Jahre 1921 ist der Entwurf über das Arbeitsgerichts-gesetz herausgegeben. Der Entwurf enthält Bestimmungen, daß das Lehrlingswesen durch Tarifvertrag geregelt werden kann, und daß die Bestimmungen des Tarifvertrages der Bestimmungen des Lehrvertrages vorgehen.

## Radikal — schlechter Sohn

Auf diesen längst bekannten Zusammenhang kann nicht oft genug hingewiesen werden. Wenn Agitationsklager und Phrasen gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen könnten, müßten solche neben Rußland vor allem in den radikalen Hochburgen existieren. Aber wie steht es da aus! Wir wollen unsern Kollegen nur einmal Berlin, die Domäne des Radikalismus, vor Augen führen und sie werden bald erkennen, daß da, wo sich Führer und Arbeiterkraft radikal gebärdeten, der Lohn bedeutend niedriger steht, als in den Orten, wo wirklich gewerkschaftlich gearbeitet wird. Dabei ist zu bedenken, daß Berlin noch vor wenigen Jahren an der Spitze der deutschen Städte hinsichtlich der Löhne marschierte. Und heute?

In Berlin führen die kommunistischen Schreier das große Wort, und die auf dem linken Flügel der U. S. P. D. stehende Ortsverwaltung folgt jedem Wind von dieser Seite. Wer aber meint, daß dieses radikale Kraftmetertum sich zunächst einmal gegenüber den Arbeitgebern betätigen und in dem teureren Berlin in Gestalt hoher Lohnsätze auswirken würde, ist schwer auf dem Holzwege. Tatsache ist vielmehr, daß unter allen halbwegs vergleichbaren Orten die Metallarbeiterlöhne in Berlin am schlechtesten stehen, was nachstehend an Hand der Ende Dezember 1921 geltenden Lohnsätze bewiesen werden soll. Der tarifliche Lohn — je Stunde — betrug in: Berlin 8,55, Altenburg, 8,66, Aachen 12,00, Bielefeld 11,55, Breslau 10,80, Dortmund 11,30, Düsseldorf 12,50, Elberfeld 12,50, Essen 10,85, Flensburg 8,84, Frankfurt a. M. 11,80, Freiburg i. Br. 9,00, Göttingen 8,62, Hamburg 11,25, Hannover 9,80, Köln 12,75, Mannheim 11,20, Osnabrück 10,35, Solingen 10,08, Stuttgart 8,82, Ulm 8,92.

Dieses Bild ist beschämend für die Berliner Metallarbeiterkraft, die vor lauter politischem und gewerkschaftlichem Wortradikalismus förmlich übersehen hat, daß dabei aber mit Löhnen zurecht gegeben muß, die von sehr vielen kleineren Städten überholt werden sind. Man vergegenwärtige sich nur die Blamage, die darin liegt, daß Orte, wie Altenburg, Flensburg, Göttingen, Osnabrück, Ulm, die im Vergleich zu Berlin fast als Knechtel zu bezeichnen sind, höhere Löhne haben, als die gleichartige Arbeitergruppe in dem teuren Berlin.

Daran ändert nichts die in der Berliner Metallindustrie gezahlte Familienzulage von 51 Pfg. je Stunde für die Ehefrau und jedes Kind. Ganz abgesehen davon, daß die nicht geringe Zahl der ledigen Arbeiter nichts davon haben, und daß auch in einer Reihe anderer Orte mit höheren Grundlöhnen ähnliche Zulagen vereinbart sind, erhöhen diese 51 Pfg. je Stunde den Lohn immer noch nicht so, daß er anderen, billigeren Plätzen gegenüber als angemessen gelten darf. Dazu kommt noch, daß die Berliner Werksführer im roten Metallarbeiterverband die Familienzulagen bekämpfen, am liebsten also auch die kinderreichen Arbeiter mit 8,55 Mk. Stundenlohn abspießen möchten. Die vorgenannten Zahlen entstammen dem Korrespondenzblatt des U. S. P. D., sind also nicht mit Ausrede abzutun, daß sie entstellte usw. sind. Es ist sehr schmerzhaft, daß das Korrespondenzblatt der freigewerkschaftlichen Berliner Metallarbeiterkraft bescheinigen muß, wie unfähig sie gelehrt wird.

Unsern Kollegen werden diese Angaben ein Anlaß sein, stets für ihre gewerkschaftliche Arbeit einzutreten und sich nicht durch Phrasen blenden zu lassen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit allein kann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern helfen.

## Das Ringen in Süddeutschland

Der Kampf in der Metallindustrie Süddeutschlands um die Achtundvierzigstundenswoche hat sich noch weiter ausgedehnt. Es stehen jetzt rund 160 000 Metallarbeiter im Streik. Durch die Ablehnung des Karlsruher Schiedsspruches wurden weitere 25 000 Metallarbeiter des Mannheimer Gebietes in die Streikbewegung hineingezogen. Das Schiedsgericht tagte am 28. März in Karlsruhe unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Söhler vom Reichsarbeitsministerium. Der Schiedsspruch sprach sich ebenfalls für die 48-Stundenwoche aus, brachte weiter als Ausgleich für die zwei Stunden eine Sonderzulage mit 12 Mark, ferner eine gestaffelte Lohnerhöhung in der Zeit vom 27. Februar bis 30. April mit zusammen 4,50 Mk. für die Stunde in der Spitze, ferner eine Erhöhung der Leistungszulagen und als Ausgleich für den Wegfall der Bezahlung der Pausen auf die Gesamtlohnsumme vom 1. April weitere 5 Prozent Lohnerhöhung.

Der Schiedsspruch wurde von der Arbeiterkraft abgelehnt, da die Preisgabe der 48stündigen Arbeitswoche kein Handelsobjekt bilden darf.

Am 12. April tagten die Einigungsverhandlungen in Heidelberg unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. Einen nach langwierigen Verhandlungen vom Reichsarbeitsminister gemachten Vergleichsvorschlag lehnten Arbeitgeber und Gewerkschaften ab.

Von den Arbeitgebern wurde nunmehr folgender Vergleichsvorschlag gemacht:

Die süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller schlägt vor, die 47stündige wöchentliche Arbeitszeit sofort und die 49stündige am 1. Juni d. J. einzuführen. Außerdem wurde erklärt:

**Für Bayern:** Die mit Schiedspruch vom 3. oder 4. März festgelegten Lohnhöherungen werden ab 20. Februar gewährt. Die Verhandlungen über das bayerische Kollektivabkommen beginnen sofort mit der Wiederaufnahme der Arbeit, und weitere Lohnhöherungen werden gewährt im Betrag von 125 v. H. derjenigen Sätze, welche mit Schiedspruch vom 3. oder 4. März 1922 festgelegt worden sind.

**Für Württemberg:** Es wird mit Eröffnung der Betriebe eine weitere Lohnzulage gewährt, über deren Höhe ein Angebot mit 3,50 M für den Arbeiter über 25 Jahren gemacht wird. Zwecks Verständigung über die Höhe der Zulage und ihre Abkündigung für die übrigen Altersklassen und für die Arbeiterinnen soll sofort in Stuttgart verhandelt werden. Die Regelung der gekündigten Urlaubsbestimmungen soll entsprechend der Fassung des neuen sogenannten Heidelberger Kollektivabkommens erfolgen.

**Für Mannheim-Ludwigshafen:** Die Grundlage einer Verständigung bildet der in Karlsruhe am 28. März gefällte Schiedspruch. Die Bestimmungen des bisherigen Rahmentarifs werden aufrechterhalten und hinsichtlich des Urlaubs die für die Arbeitnehmer günstigeren Zustände des sogenannten neuen Heidelberger Kollektivabkommens angeboten.

Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt. Es dürfte jedoch die Möglichkeit vorliegen, daß nach nochmaligen Verhandlungen zwischen den Bezirksorganisationen Bayern, Württemberg und Mannheim den Weg gezeigt wird, auf dem eine Einigung vielleicht erzielt werden kann.

### Wozu der Lärm

Es ist immer eine mißliche Sache, wenn man, um sich zu verteidigen, zum Schimpfwörterlexikon greifen muß, wie es der „Bergknappe“ in dem Artikel „Unverantwortliche Hege des Christlichen Metallarbeiterverbandes“ (Nr. 15) in ausgiebigem Maße gegen uns tut. Obwohl wir das nun zwar an dieser Kollegin gewohnt sind, hätten wir doch erwarten dürfen, daß sie auf unsere durchaus sachliche und ruhige Darstellung über „Preissteigerung und Wirtschaft“ Nr. 12 ebenso sachlich und ruhig geantwortet hätte. Wir haben mit keinem Wort „die Bergleute verdächtigt“ oder den Bergknappen angegriffen, im Gegenteil, wir haben auf die schwere und harte Arbeit des Bergmannes noch besonders hingewiesen. Wir nehmen aber das Recht für uns in Anspruch — und das lassen wir uns auch nicht vom Bergknappen streitig machen — den Reichstohlenrat und seine Preispolitik etwas näher zu betrachten.

Darob gerät der „Bergknappe“ in eine etwas gar zu künstliche Erregung und wirft uns „Unverschämtheit“ und alles Mögliche vor. Wir wollen die Gründe nicht untersuchen, aus denen heraus der „Bergknappe“ sich gewissermaßen mit dem Reichstohlenrat identifiziert und eine kritische Betrachtung dieses Instituts als einen Angriff auf sich selbst ansieht. Wir möchten das nur auf alle Fälle registrieren.

Worauf es uns in dem Artikel „Preissteigerung und Wirtschaft“ ankam, darüber schwingt sich der „Bergknappe“ mit einigen kühnen Sprüngen unter Zuhilfenahme von gewissen Kraftausdrücken hinweg. Wir betonten ausdrücklich, daß es im Interesse der Gesamtheit notwendig gewesen wäre, wenn der Kohlenpreissteigerung, ein Ausgleich gegenübergestellt worden wäre: nämlich die Erhöhung der Produktion. Die Kohlenknappheit hat einen höchst ernsten Grad erreicht. Und das ist nicht allein auf Reparatur und Wagenmangel zurückzuführen. Die Industrie, besonders der süddeutschen Länder schreit nach Kohle und aus der Metallindustrie, und gerade aus derjenigen, die für den Export arbeitet, laufen Klagen laut über Rohlenmangel. Wenn der Bergbau diesen Mangel nicht auszugleichen in der Lage ist, wird ihn einmal selbst gerade dieses Moment am schärfsten treffen.

Es wäre wünschenswert und notwendig gewesen, wenn der „Bergknappe“ sich mit dieser Materie befaßt und Wege gezeigt hätte, wie dem Mangel abgeholfen werden könnte. Statt dessen legt er sich mit agitatorischen Sprüchen über die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft hinweg und redet von „Hege“ und „Unverschämtheit“, wenn mit allem Ernste über die Not der Wirtschaft gesprochen wird, unter der wir doch alle leiden.

In der neuesten Nummer 16 legt der „Bergknappe“ seine schäbigen, auf das persönlichste Gebiet getragenen Angriffe gegen unsern Verbandsvorsitzenden und den Verbandsdebatteur fort. Wir sind es dem Ansehen unseres Verbandes und uns selbst schuldig, diesen Ton, der an die Gasse kreift, nur zu kennzeichnen, aber ihm nicht zu folgen.

Wenn der „Bergknappe“ mit seinem Lärm und seiner Aufregung den Gedanken des extremen Berufsgeistes verdeden will, so verstehen wir das schon. Aber das ändert ja an den Tatsachen nichts.

### Streiflichter

Wir lesen

in der gleichen Zeitung folgende Theorie und Praxis betreffende Beleuchtende Gegenüberstellungen. Die Theorie heißt in jeder Nr. der betreffenden Zeitung mit einem scheinbaren Gehalt an der Sache und wir wollen aus ihr eine Strophe zitieren. Die praktische Schlussfolgerung aus dieser Theorie, von der gleichen Zeitung gezogen, wollen wir zum besseren Verständnis daneben setzen.

**Theorie.**  
Es kann des Feines laut  
Gestrei  
Die Erde um nicht wandeln;  
Wir wollen fern der  
Schimpferei  
Als wahre Männer handeln.

**Praxis.**  
Ungeheure Mäuler  
schreiender Beamten des Christl.  
Metallarbeiterverbandes... un-  
verantwortliche Hege des Christ-  
lichen Metallarbeiterverbandes.  
Die Vertreter der Eisen-  
industrie (unser Verbandsvor-  
sitzender Kollege Weber war  
namentlich genannt) in un-  
verantwortlich leichtfertiger Weise  
über die Bergarbeiter herfallen.  
Unverschämtheit der Christl.  
Metallarbeiter u. a. m.

Ist es nicht eigenartig zu sehen, daß die praktische Handhabung der geprüften Theorie zu den schlimmsten Gefühlsäußerungen führt und daß die Zeitung in der Praxis genau das Gegenteil von dem tut, was sie in der Theorie verlangt?

Obengenannte Zeitung heißt „Der Bergknappe“, Organ des Gewervereins Christlicher Bergarbeiter.

### Prinzipien im industriellen Zusammenstoß

Welche verschiedene Grundzüge für den Aufbau eines industriellen Zusammenstoßes maßgebend sein können, zeigt Natur Heichen in der mehrheitssozialistische „Neue Zeit“ an zwei Brauereikonzerne Schülke-Bayenhofer-Rahbbaum einerseits und Engelhardt andererseits.

Der Schülke-Bayenhofer-Konzern zentralisiert die Bierproduktion in Berlin und einigen wenigen anderen Zentren und beliefert die übrigen Produktionsgebiete von Niederlagen aus (deshalb spricht man von einem Niederlagensystem). Die fusionierte Provinzbrauereien werden dann meist stillgelegt, ihr Brauereigentum wird nach Berlin oder nach einem anderen zentralen Ort verlegt, und aufrechterhalten bleibt nur der Niederlagetrieb. Dagegen hat die Engelhardt-Brauerei ihre Produktion dezentralisiert. Die Bierzeugung vollzieht sich bei ihr nicht in der Hauptsache nur in Berlin, sondern interlokal in verschiedenen Provinzgebieten. Die Provinzbrauereien werden, wenn sie in den Bereich des Konzerns einbezogen sind, demnach auch nicht stillgelegt, sondern weiterbetrieben, nur geschieht die oberste Direktion, also Finanzverwaltung, Rohstoffkauf usw., namentlich von Berlin aus. Nicht die „Produktion“, sondern nur die „Verwaltung“, wird bei dieser Methode industriellen Zusammenstoßes zentralisiert.

Maßgebend für den verschiedenartigen Aufbau ist die Tarifpolitik der Eisenbahn, die einen Bierneubau auf weite Entfernungen mehr oder weniger unrentabel macht.

Diese Tatsache ist, so bemerkt Heichen weiter, lehrreich. Mit dem ökonomischen Automatismus, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb notwendigerweise verschlingen muß, ist es in diesem Falle nichts. Die Lebens- und Entwicklungsbedingungen der einzelnen Gewerbezweige sind verschieden und können nicht immer reiflos allein aus dem Produktionsprozess heraus gelesen werden, wie dies, so hätte Heichen hinzufügen können, seitens des marxistischen Sozialismus in durchaus unzulässiger Weise bisher geschah.

### Scheinblüte und Geldwahr

Für die Beurteilung der heutigen Scheinblüte im deutschen Wirtschaftsleben ist ein Rundschreiben des Berliner Direktors der

Diskontogewaltigkeit bezeichnend, das, obwohl „streng vertraulich“, die „Kole Fahne“ veröffentlicht und in dem es u. a. heißt:

„Die starke Steigerung aller Preise zwingt zu gewissen Betrachtungen über die allgemeine Entwicklung, die durch sie ausgelöst wird. Wenn auch Löhne und Gehälter sich dieser Entwicklung im allgemeinen anpassen, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß schließlich einmal eine Grenze erreicht werden kann, an welcher die Kaufkraft der Arbeiter weitest Kreise haltmachen könnte. Hierzu tritt der Umstand, daß infolge der fortschreitenden Geldentwertung und der sprunghaften Preissteigerung weite Kreise des Volkes sich in einem Umfange mit Waren und dergleichen eingebekkt haben, daß sie auf lange Zeit hinaus als fakturierte betrachtet werden können. Hierzu tritt die weitere Gefahr, daß wir, besonders wenn man als die Grundlage aller Preisentwicklung die Kohle betrachtet, die nun wieder eine starke Preissteigerung erfährt, mit anderen Preisen nach und nach an die Weltmarktpreise heranrücken. Diese Erreichung der Weltmarktpreise wird naturgemäß dazu führen, daß der Umfang unseres Exportes langsam beeinträchtigt wird. Eine Einengung des Exportes aber beschneidet wiederum die Gefahr herauf, daß auch bei uns nach und nach die Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt wird und sich die Arbeitslosigkeit anderer Staaten auch auf uns überträgt. Wenn im übrigen zurzeit auch keinerlei Anhaltspunkte vorliegen, die die Grundlage einer Marktsicherung bilden könnten, so darf man nicht außer acht lassen, daß schließlich doch einmal unermittelt wieder eine, wenn auch nur aus spekulativen Erwägungen heraus kommende oder durch politische Gestaltungen ausgelöste Wässerung der Marktsicherung eintritt. Würde eine derartige mit den oben angeedeuteten Erreichungen zusammenstreffen, so könnte leicht wieder einmal eine gefährliche Gestaltung unserer ganzen Wirtschaftslage eintreten.“

Der Zweck dieser Auslassung ist offensichtlich, die untergeordneten Stellen der Berliner Bankzentrale zu einer Zurückhaltung in der Kreditgewährung an Handel und Industrie zu veranlassen. Doch abgesehen davon ist die Mahnung eine treffende Schilderung des unsicheren Lebens, auf denen heute infolge schwankender Währung Handel und Gewerbe stehen. Bei Rückschlüssen der Konjunktur werden voraussichtlich in erster Linie die Arbeiter die Leidtragenden sein, sowohl als Erzeuger, als Verbraucher. Sie haben daher eine doppelte Veranlassung, treu zu ihrer Berufsorganisation zu stehen, die ihnen dann am ehesten Rückhalt gewähren kann.

## Unternehmertum und Volkswirtschaft

In unserer Zeit gehört es in manchen von Schlagwort betörten Arbeiterkreisen zu dem Kapitel Logma, daß die Wirtschaft eines Volkes, die Verflechtung und Struktur der einzelnen Wirtschaftsgelände etwas derartig simples und einfaches sei, daß jedermann darin sich zurechtfinden könne, und nur mit der Faust auf den Tisch zu schlagen brauche, um etwas Besseres erstehen zu lassen. Diese furchtbare Ueberschätzung der eigenen Kräfte und die ungeheure Unterschätzung der Werte die auf der anderen Seite, hat sich nach vielen Seiten hin bei der Arbeitererschaft schon bitter gerächt.

Allmählich und nicht zuletzt durch das Wirken zielbewußter Gewerkschaftsarbeit in den Arbeitsgemeinschaften und Selbstverwaltungskörpern dringt der Geist kühler, nüchternen Uebersetzung mehr in die Arbeitererschaft hinein. Man erkennt, daß in der Industrie die beiden Faktoren Unternehmertum und Arbeitererschaft miteinander verbunden sind, und daß ohne die Kräfte irgend eines der beiden Teile die deutsche Volkswirtschaft erledigt ist.

Wir als christliche Metallarbeiter wissen uns frei von Schlagwort und Phrase und wir haben den Mut, den Tatsächlichkeiten nicht in instinktiver Gefühlsaufwallung, sondern mit nüchternem Blick gegenüberzutreten. Aus diesem Grunde erkennen wir auch die Bedeutung des deutschen Unternehmertums für die deutsche Volkswirtschaft. Die Industriekapitäne, Männer eines eisernen Vorwärtswillens, einer Arbeitskraft und einer Pflückfertigkeit, an der sich auch die organisierte Arbeitererschaft ein Beispiel nehmen könnte, sind nicht die Männer, wie sie in den Hanswurklisten tabellarischer Schaumischläger figurieren, sondern Männer, die durch ihre Tatkraft im Verein mit der Arbeitererschaft die deutsche Wirtschaft wieder hochbringen können.

Wir als christliche Metallarbeiter haben manche schwere Kämpfe mit diesen Eisensternen ausgefochten und werden sie nach ausfechten, aber die Ehrlichkeit zwingt uns sagen, was ist.

Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft gewinnen einige Worte Bedeutung, die der Veteran der heutigen Industriekapitäne, der alte August Thyssen vor einigen Tagen über sein Lebenswerk gegeben hat, und es ist mehr als ein Aneinanderreihen von Geschwätz, es ist sein Glaubensbekenntnis an die Kraft der schöpferischen Arbeit, das wir hier anführen und aus dem der denkende Kollege manches lernen kann. Thyssen schreibt, nachdem er den Werdegang seines Konzerns geschildert hat:

„Ich habe es immer als meine Pflicht angesehen, auch in den schlechtesten Zeiten, als die Preise nicht mehr auskömmlich waren, die Betriebe durchzuhalten und den Arbeitern auch in diesen Zeiten Verdienst zu verschaffen, um sich und ihre Familien zu unterhalten. Wie schwer diese Zeiten aber auch auf dem Werksbesitzer lasteten, der dafür die Verantwortung zu tragen hatte, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren, und welche Sorgen es oft machte, wenn die Zahlungen fielen, aber auf der anderen Seite die Zahlungsverpflichtungen drängten und die Löhne regelmäßig gezahlt werden mußten, das kann nur einer ermessen, der es mit durchgemacht hat. Ich darf wohl von mir sagen, daß ich oft habe Zeiten durchgemacht müssen, in denen der einfache und bescheidenste meiner Werksangehörigen genügt nicht mit mir hätte tauschen können, wenn er die Sorgen hätte miterleben müssen, die den Werksbesitzer nicht tagelang, sondern monatelang und jahrelang drückten. Es mag leicht sein, den Besitzenden, den sogenannten Kapitalisten, um seinen Besitz zu beneiden, wenn man annimmt, daß sein Leben nur Wohlleben und Lebensgenuß wäre, aber selbst, wenn das Wohlleben so hoch eingeschätzt würde, so kann es, vorausgesetzt, daß es überhaupt

da ist, doch bei weitem nicht die Arbeit und die Sorgen aufwiegen, die auf demjenigen ruhen, der es mit seiner Lebensaufgabe und seiner Verantwortung als Leiter eines Unternehmens ernst nimmt. . .“

„Wir hoffen auf einen Retter, der uns aus der Not retten soll, aber wäher der Retter kommen soll, weiß niemand! Von außen kann und wird uns gewiß kein Retter kommen; wenn uns die Rettung kommen soll, so kann sie nur aus uns selbst kommen! Und diese Rettung kann nur in der Arbeit liegen. Wie die Arbeit dem einzelnen Menschen gesund erhält, so kann auch nur sie ein Volk gesund erhalten und andererseits auch ein Volk, das, wie das unzerige, durch den Krieg und die Kriegszeit in sich krank geworden ist, nur wieder gesund machen. Mir liegt es vollstän- dig fern, an dem 8-Studentag zu rü- teln; wenn das wirklich das Ideal der werktätigen Klasse ist und sie darin ihr Glück und die Lösung der großen Lebens- und Wirtschaftsfragen sieht. Ich würde mich wirklich freuen, wenn die Zeiten sich so gestalten würden, daß dieses Ideal erfüllt würde. Aber darüber bin ich mir vollständig klar, daß der schematische 8-Studentag, wie er durch die Revolution eingeführt worden ist, zumal in den gegenwärtigen Zeiten, ein großes Unglück für Deutschland ist. Mit einem schablonenhaften 8-Studentag, der für viele Schwerarbeiter durchaus berechtigt, aber für leichtere Arbeiter ebenso unberechtigt ist, werden wir nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen, in denen wir uns heute befinden, und aus denen wir, sei es wie es wolle, unbedingt herauskommen müssen, indem wir uns herausarbeiten. Wir können unsere Wirtschaft, zumal nach der großen Schwächung, die sie besonders durch den Verlust der für Deutschland so lebenswichtigen, in Lothringen und Oberschlesien liegenden Industrie-Gebiete erfahren hat, nur dadurch wieder zur Genesung bringen, daß wir unser wirtschaftlichen Leistungen, über das normale Maß hinausgehend, auf das Höchste steigern. Es ist in den letzten Jahren leider — man kann es nicht anders bezeichnen — ein schrecklicher Anflug mit Schlagwörtern getrieben worden, aber mit Schlagwörtern. Wird die Welt nicht regiert, und ich habe auch nicht erfahren, daß damit Brot für die Ernährung geschaffen wird.“

Man wird mich ja wohl oder übel zur Klasse der Kapitalisten rechnen, aber sei dem, wie ihm wolle, ich bin mir bewußt, auch als solcher in meinem Leben eben soviel gearbeitet zu haben, wie der tüchtigste und fleißigste der Werksangehörigen, der in den Werken meiner Firma oder in einem anderen Betriebe gearbeitet hat.

Was Kapitalist und Werksbesitzer persönlich von dauerndem Vorteile haben kann, ist wirklich wenig, nicht einmal ein jenseitiges Alter. Ich glaube aber wohl, ohne mich dabei zu überheben, sagen zu dürfen, daß von meiner Lebensarbeit die Allgemeinheit mehr Vorteile gehabt hat, als ich selbst.“

Eine ganze Reihe dieser Gedanken sind für den wirtschaftlich und auch im Interesse der Arbeitererschaft denkenden nicht neu, aber sie gewinnen an Bedeutung, wenn der Schöpfer eines der größten industriellen Werke sie offen dokumentiert.

Wir standen und wir stehen auf dem Standpunkte, daß nur ein solidarisches Zusammenstehen — trotz mancher Interessengegenstände — zwischen Arbeitererschaft und Unternehmertum die deutsche Wirtschaft wieder in die Höhe reifen können. Nicht der Klassenkampf, ob von oben oder von unten, kann uns retten, sondern nur die bewußt gewordene Pflicht, daß jeder mitzuarbeiten hat am Aufbau im eigenen Interesse und in dem der Volksgesamtheit.

Sozialpolitik

Soll die Krankenkasse für die Ueberführungskosten eines an der Arbeiterkasse erkrankten Versicherten in seine Wohnung aufkommen?

Diese Frage kann nur von Fall zu Fall beantwortet werden. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß zu den ärztlichen Behandlungskosten alle Aufwendungen des Versicherten gehören...

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. April der 17. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 23.—29. April.

- Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:
Wilmhelm-Verfahren-Steuer: ab 18. Woche 1. Klasse 18 M; 2. Klasse 15 M; 3. Klasse männlich 9 M, weiblich 7 M; 4. Klasse Jugendliche 3 M; Delegiertenmarke 2 M.

Verbandsgebiet

Bezirkskonferenz 1. Bezirk

Der erste Bezirk hielt am Sonntag, dem 26. März, in Böhsum, seine diesjährige Bezirkskonferenz ab. Aus allen angeschlossenen Verwaltungsstellen hatten sich die gewählten Delegierten eingefunden.

Das Jahr 1921 fand unter dem Zeichen der Teuerung und wirtschaftlicher Kämpfe. Über geglaubt hat, es würde sich in ruhigeren Bahnen bewegen als das Vorjahr, der hat sich gewaltig getäuscht. Die ersten Monate ließen der Hoffnung Raum, daß eine gewisse Stabilität sowohl in den Löhnen als auch in den Bedarfsartikelpreisen eintreten würde...

In allen Orten wurden erfolgreiche Lohnbewegungen geführt. Welch ungeheure neuzugewonnene Arbeit von den Führern der Bewegungen geleistet wurde, kann hier nicht geschildert werden. Die Anforderungen, welche an die Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und Betriebsratsmitglieder gestellt werden mußten, bedürfen nur der Andeutung. Ohne diese Hilfsquellen ist es ganz unmöglich,

nenntenswerte Erfolge zu zeitigen. Im ganzen Bezirk wurden an Lohnerböhrungen nach den vorliegenden Berichten 369 342 780.— M erzielt. Die Verdiensterböhrungen, welche einzelnen Arbeitergruppen durch die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder verschafft wurden, sind hierbei nicht erfasst.

Bemerkenswert ist, daß fast sämtliche wilde Streiks resultatlos verliefen; hingegen die Bewegungen, welche nach gewerkschaftlichen Grundsätzen erledigt wurden, fast ausnahmslos erfolgreich waren. Bedauerlich ist, daß durch die wilden Streiks manche Arbeiterfamilie schwer geschädigt und das Vertrauen zur Arbeiterbewegung untergraben wurde.

Die Paktation, d. h. die weitere Ausbreitung der Organisation, wurde nicht vergessen. In unzähligen Sitzungen, Beratungen und Konferenzen wurde Aufmerksamkeit gegeben, um die Zaghaften zu festigen und die Passivorganisierten zurückzuführen.

Die Zahl der Neuaufnahmen befriedigte durchaus. Leider konnten nicht alle gehalten werden, ein großer Teil wurde wieder fahnenflüchtig. Die Gründe für den Austritt liegen auf den verschiedensten Gebieten. Ein erheblicher Teil muß als Indifferente bezeichnet werden. Diese Arbeiter stellen das fluktuierende Element dar, welche bei einer sich zeigenden Gefahr schnell in den sicheren Hafen der Organisation landen, um dann nach erledigtem Sturm die Organisation wieder treulos zu verlassen.

Table with 3 columns: Quartalszahl, Gesamtzahl, Jugendlich. Rows for 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal.

Die Zechenmetallarbeiter müssen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden, weil diese Berufsgruppe im Berichtsjahre heil umstritten war. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter inszenierte eine förmliche Treibjagd, um diese Mitglieder dem Gewerksverein zuzuführen. Die Mittel, um dieses zu erreichen, waren nicht einwärts, niedrige Beiträge und sonstige unfaire Dinge wurden zur Wirkung benutzt.

Der Durchschnittslohn eines Handwerkers in der Metallindustrie betrug im Jahre 1913 pro Stunde 62 Pf., 1921 pro Stunde 12,14 M oder das 23fache.

Das finanzielle Ergebnis kann als befriedigend bezeichnet werden.

Table with 3 columns: Hauptkategorie, 1921, 1920. Rows for Eintrits- und Beitragsmarken, Geldeinzahlungen, Ausgaben für die Hauptkasse, etc.

Table with 3 columns: Bezirkskategorie, 1921, 1920. Rows for Bestand am 1. Januar 1921, Einnahmen (Bezirksbeiträge), etc.

Table with 3 columns: Gesamtsumme, 1921, 1920. Rows for Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben.

Bestand am 1. Januar 1922: 348 639,39 M

Nach diesem Bericht folgte eine ausgiebige Aussprache. Manche neue Anregung wurde gegeben. Kollege Gröne wies besonders auf die Uebelstände im Kleinergewerbe hin, wo auch heute noch Lehrlingskürerei im großen Umfang betrieben wird.

Beschluß zur Lehrlingsfrage

Die am 26. März 1922 in Böhsum stattfindende Jahreskonferenz des 1. Bezirks des Christlichen Metallarbeiterverbandes hält es für unbedingt notwendig, daß das gesamte Lehrlingswesen baldigst einer, den neuen Zeitverhältnissen Rechnung tragenden geistlichen Neuordnung unterzogen wird.

Die Konferenz fordert vor allen Dingen neben der Neuordnung des gesamten Lehrlingswesens, Einbeziehung auch der Handwerkslehrlinge in die kommende Schlichtungsordnung und in das Arbeitsarbeitsrecht und erwartet von den maßgebenden Instanzen, daß die diesbezüglichen entgegenstehenden Forderungen der Handwerksmeister zurückgewiesen werden.

Konferenz fordert die Eltern der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge auf, ihre Söhne dem Christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen, da nur dadurch die Möglichkeit gegeben ist einen wirklichen Jugendschutz und geordnete Verhältnisse im Lehrlingswesen einzuführen.

Vor Schluß der Konferenz nahm der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber das Wort. Redner beleuchtete die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart und gab manchen Fingerzeig, wodurch

es möglich sei zu gesünderen Verhältnissen zu kommen. Die Selbstsucht müsse verschwinden. Das ganze deutsche Volk sei aufeinander angewiesen. Es gehe nicht an, wenn ein Teil des Volkes sich auf Kosten des Anderen bereichere. Den Beweis führend, daß nur durch Anwendung der christlichen Grundzüge die Welt und Wirtschaft wieder geunden kann schloß er seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Gegen 5 Uhr konnte die in allen Teilen gut verlaufene Konferenz geschlossen werden.

„Und neues Leben blüht aus den Ruinen!“

Wenn man z. Bt. einen kleinen Rundgang durch das im September verfallene Dorf Oppau macht, so muß man den Eindruck gewinnen, daß hier deutsche Arbeit und deutscher Fleiß wirksam tätig sind. In nicht allzuerner Zeit wird, so wie heute in der Natur, neues blühendes Leben in Oppau und Umgebung erstehen.

Auch in der christlichen Arbeiterbewegung geht man in Oppau fleißig ans Werk um all die für unsere Bewegung zu gewinnen, die nach auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. Besonders rührig und erforberlich betätigen sich die christlichen Metallarbeiter, deren Mitgliederzahl sich in kurzer Zeit verdreifacht hat. Welch guter gewerkschaftlicher Geist unter den Kollegen herrscht, davon zeugen die einstimmig gefassten Beschlüsse, die in einer am Donnerstag in Oppau abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung, die unter Vorsitz des Kollegen Knecht tagte, gefaßt wurden.

Für die vom Streit betroffenen christlichen Metallarbeiter, wird ein Extrabeitrag abgeführt, und zwar bezahlen: Kollegen, die Vollmitglieder sind, 25 Mark pro Woche, unter 18 Jahren 12 Mark pro Woche und Jugendliche 5 Mark pro Woche. Des weitern wurden die Beiträge für den Verband ab 1. Mai durch einstimmigen Beschluß wie folgt erhöht: In der 1. Beitragsklasse auf 18 Mark, 2. Klasse 15 Mark, 3. Klasse 10 Mark und 4. Klasse 2,50 Mark pro Woche. In der Distriktsliste zeigte sich der richtige gewerkschaftliche Geist. An derselben beteiligten sich die Kollegen Schäfer, Krebs, Collingon und Knecht.

Bezüglich der Oppauhilfe werden an das Ortsamt der Christlichen Gewerkschaften Anträge von den Kartelldelegierten gestellt werden.

Wenn dieser gewerkschaftliche Geist, wie er sich in dieser Versammlung gezeigt hat, weiter herrscht, gepflegt und auch der heranwachsenden Jugend entsprechende Beachtung geschenkt wird, dann berechtigt Oppau für die Christlichen Gewerkschaften zu den besten Hoffnungen. Wir wollen darum weiter arbeiten unter der Devise: „Nur der gewinnt die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Dorfen. Unsere am 9. April stattgehabene Mitgliederversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen.

Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Zillekens, Gelsenkirchen, zu Punkt 1 der Tagesordnung befandeten die Versammelten volles Verständnis für die beschlossene Beitragserhöhung und genehmigten die Inkraftsetzung ab 17. Beitragswoche. Den Bericht vom Bezirksdelegiertenamt erstattete der Delegierte Kollege Kunisch und folgten die Mitglieder mit Interesse den hierzu gemachten Ausführungen. Da das Resultat über die am 8. April in Essen stattgefundenen Verhandlungen betreffs Teuerungszulage für April vorlag, nahm die Versammlung hiervon Kenntnis, erklärte ihre Zustimmung, brachte aber auch zum Ausdruck, daß die Erhöhung von 3 Mark kein genügender Ausgleich zu der bestehenden enormen Teuerung sei. Unter Vorbehaltangelegenheiten kamen verschiedene örtliche Begebenheiten zur Sprache. Kollege Weidner gab einen Bericht über den Verlauf der Betriebsratswahlen. Der Bericht löste eine lebhaftes Aussprache aus, in der besonders das unfaire Verhalten des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter und einzelner seiner Funktionäre zum Ausdruck gebracht wurde. Es soll darüber in den Mitteilungsblättern berichtet werden.

Erst spät erreichte die Versammlung ihr Ende. Die Verbhaftigkeit, mit der von den Dorfer Kollegen ihre Interessen wahrgenommen werden und das Interesse, welches sie ihrer Ständesorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, entgegenbringen, bürgen, wenn alle Kollegen weiter mitarbeiten, für einen fortwährenden Aufstieg.

Karlruhe. Am Sonntag, den 5. März fand im Restaurant Palmengarten die Geschäftsstellen-Konferenz der Ortsverwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Karlsruhe statt. Kollege Wegener, der die Sitzung eröffnete, gab den Geschäfts- und Resümeebericht. Aus dem gegebenen Tätigkeitsbericht konnte man die Fülle der Arbeit erkennen, welche im vergangenen Jahre geleistet wurde. In der sehr umfangreichen Diskussion kamen insbesondere die offenen und verfallenen Terrorstellen aus den einzelnen Betrieben zur Sprache, es wurde auf das schärfste beurteilt, daß man durch Drohungen und Gewalt Kollegen unserer Organisation zum Uebertritt zwingen will. In der allgemeinen Aussprache gab u. a. Kollege Wörner aus Duisburg einen Bericht über die Verhältnisse im Industriegebiet. Nachdem die Beratungen ihrem Endpunkt entgegen gingen, nahm zum Schlußwort der Kollege Wegener noch einmal das Wort. Er führte unter anderem aus, daß wir in der Zukunft noch schwere Kämpfe durchzuführen hätten, die Scheinonjunktur, die augenblicklich besteht, wird eines Tages ein anderes Gesicht bekommen. Der schwer auf uns lastende Friedensvertrag wird uns zu den schwersten Opfern zwingen, wenn es uns nicht gelingt, eine Herabsetzung des Vertrages herbeizuführen. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, zur regen Mitarbeit für den Verband zum Wohle der Arbeiterschaft und des gesamten deutschen Volkes.

Briefkasten

Mechanisch: Bericht über Betriebsrätekonferenz folgt in nächster Nr. — In mehrere: Eure Berichte erdienen. Aber meistens eure Ungebild bei den vier Seiten, die uns zur Verfügung stehen.

Maschinenformer f. Tempergiesserei

gesucht. Mehrere Wohnungen von Küche u. 2 Zimmern vorhanden. Fittingsfabrik Ford, Boniver, Kettmann.

Tüchtige Handformer sucht. Gosfeld Eisenwerk G. m. b. H. Gosfeld (Westf.)

2 tüchtige Kupferschneide, nicht unter 30 Jahre, zu sofort gesucht. Angeb. mit Zeugnisabschriften erbeten. Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.-G., Abtlg. Wagenbau, Wismar i. Mecklbg.

Jüngeres Schlosser für Mineralwasserapparate und Reduzierventile für Reparaturwerkstatt im Industriegebiet sofort gesucht. Angebote unter Dr. 34 an die Exped. d. Bl.

Kesselschmiede gesucht. Wir stellen noch einige zuverlässige Kesselschmiede für Lokomotivkesselbau ein. Dampfesselwerk Speck & Udalhoven K5in-Ensen b. Porz

Altere, selbständige Handformer Modellschreiber Modellschlosser Schlosser für Eisenkonstruktion sowie Maschinenformer stellt sofort ein. A. Belsen, Maschinenfabr. u. Eisengiesserei Herne i. W.

Grauguß-Former und Kernmacher für dauernde Arbeit bei höchstem Verdienst sofort gesucht. Eisenwerk Marx, Hennef-Sieg.

# Für unsere Betriebsräte

## Betriebsräte im Aufsichtsrat

Zeltungsmessungen nach haben die Großbanken bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, sie nach § 73 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes zu befreien. Es handelt sich dabei um die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat und um die Vorlegung der Betriebsbilanz an den Betriebsrat. Neuester Lehrreiß dazu ist der Kommentar in der „Rdn. Ztg.“ vom 12. März, in deren wirtschaftlicher Wochenchau man liest:

Warum die Banken von der Verpflichtung befreit sein wollen, Mitglieder des Betriebsrats in den Aufsichtsrat aufzunehmen, wird die Offenlichkeit wohl bald erfahren. Wir kennen die Gründe nicht, aber wir m. h. billigen sie. Es gibt in vielen Aufsichtsräten — nicht nur der Banken — sozialer Vorkenntnisse, Mangel an Erfahrung und sogar Unfähigkeit, das man sachverständigen, mitten im Betrieb stehenden Leuten nicht den Zutritt verweigern sollte. Die Fälle der Pfälzischen Bank und des Allgemeinen Bankvereins haben gezeigt, welche Potentien unter den Augen vieljähriger Aufsichtsräte vor sich gehen können. Und auch bei andern, über jeden Zweifel erhabenen Unternehmungen haben gewählte Aufsichtsräte schon manche wichtige Gelegenheiten verpasst und zuweilen sogar ihre Amtspflicht arbeitsmäßig vernachlässigt. Welches Aufsichtsratsmitglied der Großbanken ist überhaupt imstande, den unabweisbaren Geschäftsumfang zu überblicken? Meistens hat es selbst ein großes Geschäft und noch etliche andere Aufsichtsratsposten zu verwalten, zehn, zwanzig und auch ein Mehreres davon. Es mag gute Ratsschlüsse geben, anfangende Beziehungen haben, große Geschäfte heranzubringen; aber richtig schlafen und Gewinnanteile verwalten kann es doch nur, weil Vorstand und Beamte unermüdetlich ihre Pflicht tun. Gibt es nicht enacere Ausschüsse der Aufsichtsräte, in denen nach Herzenslust Geheimnisse ausgeplaudert werden können, keine Frühstücksstunde, an denen Wichtiges besprochen wird als in den Sitzungen? Wo spielen sich die in der Zeit, wo vertrauensvolle Aufsichtsräte 20 und 30 Millionen geopfert, weil sie die Aufsicht nicht genügend geübt haben, heute aus dem Betrieb sehr wohl in ihrer Mitte ausüben können und sogar willkommen heißen können, und daß auf der anderen Seite auch Betriebsräte manches von den Aufsichtsräten lernen können. Deshalb bedauern wir den neuen Mißton im Bankgewerbe und wünschen dem Antrag der Banken auf eine Ausnahmestellung ein Begräbnis erster Klasse.

Diese Ausführungen bilden die beste Rechtfertigung der neuen Gesetzesbestimmungen. In dem allgemeinen Teil der Rdn. Ztg. würde man sie sonst wohl schwerlich gefunden haben.

## Kann ein Gewerkschaftsbeamter von einer Betriebsversammlung zurückgewiesen werden?

Das Schöffengericht in Opladen hatte sich mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch zu beschäftigen, die die Firma Mineralöle Rheinland in Monheim gegen den ehemaligen kommunikativen Beamten des roten Fabrikarbeiterverbandes, Leidenheimer aus Wiesdorf, angestrengt hatte. Er hatte im vorigen Jahre eine Betriebsversammlung angezettelt, die im Aufenthaltsraum des Werkes stattfand. Obwohl der Fabrikarbeiterverband keine Mitglieder im Betriebs- und Arbeiterrat hatte und auch im Betriebsrat nur vereinzelt dem Verbandsangehörigen, wollte er seinen Verband durch diese Betriebsversammlung in die Höhe bringen. Die Direktion ließ sagen, daß sie es nicht gestattet, daß Leidenheimer die Versammlung besuche, und als er auf wiederholtes Mahnen doch das Werk betrat, ihm mitteilen, er möge sich entfernen, da sonst eine Klage wegen Hausfriedensbruch gegen ihn anhängig gemacht würde. Alle Mahnungen und selbst die Drohungen hatten keinen Erfolg. Leidenheimer blieb und hielt seine Agitationsrede. Am Gerichte stellte sich die Firma auf den Standpunkt, daß er nicht Beauftragter einer am Tarifvertrage beteiligten Gewerkschaft sei und weiterhin auch nicht zu den tarifstreuen Gewerkschaftsführern zu zählen sei, weil er als Arrangeur des Aufstiegs bei der Firma Bager angeheuert werden müsse. Dann aber habe der Fabrikarbeiterverband seinen Vertreter im Betriebsrat und sei das Verlangen auf Grund des Paragraphen 21 nicht zu stützen. Der Beklagte nahm den Paragraphen 47 des B. R. G. für sich in Anspruch und erlangte seine Freisprechung. Das Schöffengericht agt in der mündlichen Begründung, daß es dahingestellt bleiben könne, ob er berechtigt gewesen sei, die Versammlung zu besuchen oder nicht. Jedenfalls müsse man ihm den guten Glauben lassen auf Grund des B. R. G. Paragraph 47 berechtigt gewesen zu sein, auch gegen den Widerspruch der Firma das Werk betreten zu können und in einer Versammlung zu sprechen. — Der Anwalt hat Berufung gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichtes angekündigt. R. Hg.

## Aus dem Reich der Technik

Die Metallverbindungen der modernen Metallfabrikation. Die Metallindustrie, die noch vor drei Jahren ganz „auf Krieg“ eingestellt war, arbeitet als die bedeutendste deutsche Industrie jetzt wieder in ihren Spezialbranchen, und man kommt auf der letzten Leipziger Weltmesse mit Vergnügen feststellen, daß die deutsche Metallindustrie durch ihre Leistungsfähigkeit die Konkurrenz des Weltmarktes wieder erreicht, ja übertrifft hat. Viel beigetragen zu dem Aufschwung der deutschen Metallindustrie hat das Zusammenwirken der Technik mit dem Kunstgewerbe. Schon es eine Zeitlang als ob die Materialpreise der Maschinenbranche verhältnismäßig hoch waren, so war dies, wie es sich bald zeigte, nur eine vorübergehende Abirrung von den Gelehen der Weltarbeit; heute weiß die moderne Metallwarenfabrikation bei kombinierter Maschinen- und Handwerksarbeit materialgerechte Form an. Mit den Grundstoffen der Metalle kommt die Metallindustrie schon seit Jahren nicht mehr aus. Sie mußte zu Verbindungen und Mischungen der Metalle greifen und hat in den Legierungen erst das richtige Arbeitsmaterial gefunden. Mischlegierte Metalle — Ausnahmen bilden einige Edelmetalle wie Gold, Platin usw. — verändern beim freien Liegen an der Luft nicht nur ihr Aussehen, sondern sind auch zur Verarbeitung und Verwendung nicht widerstandsfähig genug. Im legierten Zustand dagegen können die für die wirtschaftliche und kunstgewerbliche Verarbeitung notwendigen Eigenschaften erreicht werden und überdies der Metallgegenstand vor den Einflüssen der Luft und sonstigen chemischen Reagenzien bewahrt werden. Die wichtigsten Legierungen für die moderne Metallwarenfabrikation sind nach der Statistik Wolffriedenau folgende: Glodenpreise, eine Legierung aus 60 Teilen Kupfer und 20 Teilen Zinn, ist wegen der hohen Klangfähigkeit das wichtigste Material für den Glodenbau. Kanonengut, eine Legierung von 90 Teilen Kupfer und 10 Teilen Zinn, ausgezeichnet durch Elastizität, Widerstandskraft und Zähigkeit, wird zur Geschützfabrikation verwendet. Kunstbronze besteht aus circa 87 Teilen Kupfer, 7 Teilen Zinn, 3 Teilen Zink und 3 Teilen Blei, hat rötlich-gelbe Farbe, die an der Luft braun nachdunkelt und mit der Zeit patiniert (Schwarz). Sie ist das meistverwendete Metall der modernen Metallfabrikation und wird verarbeitet zu Beleuchtungskörpern, Figuren, Ornamenten, Bedarfs- und Luxusgegenständen und für kunstgewerbliche Modelle. Maschinenbronze, eine Legierung aus 85 Teilen Kupfer, 10 Teilen Zinn und 5 Teilen Zink (Weichlagerbronze), oder 83 Teilen Kupfer und 17 Teilen Zinn (Hartlagerbronze), ist sehr gut geschäftig, hart, fest, polier-, aber wenig hämmerfähig, und wird in der Maschinenfabrikation dort verwendet, wo Eisen rosten kann. Aluminiumbronze, aus 80—95 Teilen Kupfer und 20 bis 2 Teilen Aluminium, hat eine größere Festigkeit als Stahl und wird für Maschinenbestandteile höchster Anspruchsfähigkeit verarbeitet. Diamantbronze besteht aus 88 Teilen Kupfer, 10 Teilen Aluminium und 2 Teilen Silizium und ist, wie der Name schon besagt, sehr hart. Siliziumbronze besteht aus reinem Kupfer, dem etwa 0,2 bis 0,5 Prozent Silizium zugesetzt ist. Siliziumbronze findet die größte Verwendung für die Herstellung der Oberleitungsdrähte der elektrischen Straßen- und Fernbahnen, der Drähte für die Telegraphen- und Telephonleitungen usw. Die Bronzen, so verbreitet und wichtig sie als Edelmetalle in der Kunstgewerbe sind, sind nicht die für die Metallindustrie wichtigsten Legierungen des Kupfers. Diese Bedeutung kommt dem Messing zu, der Legierung, die aus 60—70 Prozent Kupfer und 20—40 Prozent Zink besteht. Messing ist härter als Kupfer, weist die große Formstabilität nicht auf, schmilzt leichter, ist dünnflüssiger und läßt sich in der Reihe gleich nach Eisen am besten schmieden, hämmern, walzen und strecken. Schöne Farbe, Glanz

## Ortsberichte

### Betriebsräteversammlung Bezirk Offenbach.

Am Sonntag, dem 22. Januar, fand in Offenbach die 1. Betriebsräteversammlung des 4. Bezirks im Christl. Metallarbeiterverband statt. Der Bezirksleiter, Kollege Welp, eröffnete um 11 Uhr dieselbe und ließ die aus allen Teilen des Bezirks sich sehr zahlreich eingefundenen Delegierten herzlich willkommen; besonders begrüßte er den Vertreter der Hauptleitung, Kollegen Mauer, Dulsburg. Nach Ergänzung des Büros, in welche die Betriebsräte Stamm, Fulda, Maßgang, Höchst, Kunz, Frankfurt und Prang (Offenbach) gewählt wurden, hielt dann Kollege Mauer seinen fast zweistündigen Vortrag über die Aufgaben, Rechte und Pflichten unserer Betriebsräte. Zuerst überbrachte er die Grüße der Hauptleitung, und wies darauf hin, daß sich die Hauptleitung wohl bewußt ist, welche schwierigen Boden gerade der 4. Bezirk zu bearbeiten hat, doch trotz alledem geht es auch hier, wie im ganzen Deutschland, vorwärts. Hierauf gab er in einem großangelegten Vortrag den Anwesenden ein Bild über die Entstehung und Entwicklung des Betriebsrätegedankens. Der Betriebsrätegedanke ist eine alte christlich-sozialistische Forderung und nicht, wie man so oft sagt, eine der Sozialdemokratie. Männer wie ein Bischof von Metzler, Hitze, Städter usw. waren es, die lange vor der Sozialdemokratie die Einführung einer Vertretung der Arbeiterschaft im Betrieb forderten. Gerade Professor Hitze war es, der auf diesem Gebiet schon vor Jahrzehnten das forderte, was die heutige Arbeiterschaft im Betriebsrätegesetz zum Teil erreicht hat. Und gerade weil es eine alte christlich-sozialistische Forderung ist, so sollen und müssen unsere Betriebsräte behn wirken, daß das Gesetz auch mit christlich-sozialem Geist erfüllt wird. Das heißt, wir müssen auch in der Diaspora als christlich organisierte Betriebsräte in all unseren Handlungen unsere grundsätzliche Anschauung zur Geltung bringen. Unsere Betriebsräte müssen sich genau an die Vorschriften ihrer Organisation halten und jeden widrigen Fall im Betrieb entgegen treten. Nicht der Antichristismus einiger Sonderlinge kann die Arbeiterschaft glücklich und zufrieden machen, sondern nur einzig allein eine gewerkschaftl. Organisation.

Der Redner ging dann auf die Forderungen der im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Betriebräte ein. Vor allen Dingen müssen die vielen „Kann-Vorschriften“ im Gesetz in „Muss-Vorschriften“ umgewandelt werden. Ferner muß baldigst die Regierung die Betriebsratsmitglieder wie Reichsarbeiter rat einführen. Die Wahlen zum Betriebsrat sollen nicht jedes Jahr, sondern alle zwei Jahre stattfinden, damit ein besseres Einarbeiten der Betriebsräte möglich ist. Der Referent gab dann noch ein Bild über den Stand der Mitgliederzahl der Betriebsräte im Christlichen Metallarbeiterverband. Waren es im Jahre 1920 fast 5000 Betriebsräte, die zu uns gehören, so hat sich ihre Zahl im Jahre 1921 noch weiter erhöht. Auch bei den bevorstehenden Wahlen müssen wir sehen, daß wir in jedem Betrieb Vertretungen erhalten. Zum Schluß seiner belehrenden Ausführungen gab Kollege Mauer aus seinen reichen Erfahrungen noch eine große Menge von Anregungen, wie und in welcher Weise sich unsere Betriebsräte weiter fortbilden können. Auch unsere Hauptleitung wird alles tun, um ihre Betriebsräte weiter auszubilden, denn Wissen ist Macht. Lebhafter Beifall dankte dem Vortragenden für seine überzeugenden Worte.

Die Diskussion war sehr lebhaft und entrollte ein Bild von dem Wirken unserer Betriebsräte im 4. Bezirk. Der Vertreter der Verwaltungsstelle Frankfurt, Kollege Kunz, gab in längerem sehr interessanten Darlegungen ein Bild von den schwierigen Umständen, wie unsere Betriebsräte arbeiten und sich durchsetzen. Kollege Maßgang, Vertreter der Verwaltungsstelle Höchst, schilderte in ausführlicher Weise das Arbeiten in der chemischen Industrie. Gerade hier hat unsere christliche Metallarbeiterarbeit ein sehr schwieriges Feld, doch trotzdem, auch hier geht es vorwärts. Kollege Wingerder, Vertreter der Verwaltungsstelle Offenbach, konnte mit Befriedigung feststellen, wie gerade die Betriebsräte des christlichen Metallarbeiterverbandes zielbewußte Arbeit für die Arbeiterschaft leisten. Bestimmt und korrekt, nicht nach links und rechts wird geschaut, sondern der Weg wird eingehalten der uns als christlich organisierter Arbeiter vorgezeichnet ist. Kollege Hild, Vertreter der Verwaltungsstelle Fulda, konnte berichten von der vorbildlichen Arbeit, die unsere Betriebsräte in Fulda geleistet haben. Sie werden aus dem heute Gehörten noch weiter ihre Betriebsräte ausbilden. Die noch in großer Anzahl folgenden Diskussionsredner wie Dillmann (Höchst), Stamm (Fulda), Baumann (Wiesbaden), Reinger (Offenbach), Mohr (Gr.-Zuheim), Schmitt (Fulda) usw. waren alle darin einig, daß der christliche Metallarbeiterverband in der Erfüllung seiner Betriebsräte Vorbildliches geleistet hat und sie begrüßten alle die Einberufung der heutigen Konferenz. Ferner kam zum Ausdruck, daß gerade in der Diaspora es unbedingt notwendig ist, daß unsere christliche Auffassung zum Durch-

bruch kommt. Einverstanden und bekräftigt wurde, daß die Wahlen der Betriebsräte alle zwei Jahre stattfinden. Nach mehrstündiger Diskussion konnte Kollege Mauer mit Befriedigung feststellen, daß die Delegation gezeit hat, daß auch im 4. Bezirk die Kollegen die Arbeit der Zeit verstanden haben und daß sie gewillt sind, sich von ein paar rablkalen Schreibern nicht unterkriegen zu lassen. Er gab dann auf die vielen Anfragen aufklärende Antwort und dankte allen Kollegen für die der Hauptleitung in der Diskussion vorgebrachten Anregungen. In der nun zu vollziehenden Wahl zum Betriebsräte-Ausschuss wurde als 1. Vorsitzender Kollege Welp, als 2. Vorsitzender Kollege Stamm (Fulda), zum Schriftführer Kollege Kunz (Frankfurt) und als Beisitzer die Kollegen Maßgang (Höchst) und Wingerder (Offenbach) einstimmig gewählt. Nachdem somit die reichhaltige Tagesordnung erledigt war, konnte Kollege Welp in seinem Schlusswort mit Freude feststellen, daß die Konferenz in allen ihren Teilen durchführbar geleistet hat. In erster Linie haben die führenden Kollegen im Bezirk sich einmal wieder näher kennen gelernt, manches Vorurteil ist behoben worden, und es zeigte sich, daß im Bezirk frisches Blut zirkuliert, was gerade die Diskussion so recht bewiesen hat. Jetzt heißt es aber an dem begonnenen Werk weiter zu arbeiten, jeder auf seinem Platz, die Delegierten sollen das, was sie gehört und beschlossen haben, jetzt in ihren Verwaltungsstellen in die Tat umsetzen. Auch auf den schwierigsten Stellen im Bezirk wollen wir treue Kämpfer der Organisation sein.

Opladen. Für den Bereich der Verwaltungsstelle fand am 9. März eine Funktionärskonferenz statt, die recht gut besucht war. In der Hauptsache sollten die Betriebs- und Arbeiterräte nebst ihren Geschäftsführern zur Stelle sein. Leider mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß alle Arbeit, die Betriebsräte für ihre Aufgabe zu schulden, bei vielen keinen fruchtbareren Boden findet. Es wird daher nicht unrichtig sein, wenn ein Kollege meinte, unsere Räte sind zum Teil schon so hoch geworden, daß es ihnen gar nicht mehr gut genug erscheint, sich in einer allgemeinen Konferenz nicht mehr gut genug zu zeigen, sondern in einer allgemeinen Konferenz nicht ändern, die ihre „Dummheit“ noch einleben, an einen Tisch zu setzen. Jedenfalls ist eines sicher: Betriebs- oder Arbeiterräte, die meinen, sich erheben zu können über andere, sind nicht die richtigen Männer am richtigen Platz. Die bevorstehenden Betriebsratswahlen geben gute Gelegenheit solchen Kollegen zu zeigen, wie man über sie denkt und was man ihnen für ihr bisheriges Verhalten für eine Antwort gibt.

Kollege Hebborn-Solingen sprach über die Aufgaben der Betriebsräte auf Grund des Gesetzes und über die Betriebsräteorganisation des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Ausführungen fanden ungeleiteten Beifall aller Teilnehmer. An Stelle des Kollegen Schümmer sprach der Kollege Riegerfeld, Köln, über die Bedeutung der Betriebsratswahlen. Ausgehend davon, daß das B. R. G. keine Vorläufer in den Arbeiterausschüssen hatte, die vornehmlich erst durch das Hilfsdienstgesetz auf gesetzlichen Boden gestellt wurden, sei es sehr zu bedauern, daß man erst in den Krieg hätte kommen müssen, um der Arbeiterschaft die Vertretung zu geben, die anderen Ständen lange gegeben war. Das B. R. G. gebe der Arbeiterschaft Rechte, lege ihr dagegen auch eine Menge Pflichten auf. Eine der ersten zu erfüllenden Pflichten der christlichen Arbeiterschaft sei, bei der Wahl reiflich ihre Stimme für die ungetriebenen aufgestellten Kandidaten abzugeben. Sei die Arbeiterschaft bei der Wahl einig und geschlossen, bewelke sie dadurch dem Arbeitgeber, daß er sich noch hüten müsse, an den Rechten der Arbeiter ein Abbau vornehmen zu können. Der einseitig gewählte Betriebsrat habe schon durch die Wahl dem Arbeitgeber gegenüber eine bessere Position, als wenn er nur von einem geringeren Teile gewählt worden sei, besonders wenn sich herausgestellt habe, daß ein erheblicher Prozentfuß der Belegschaft überhaupt nicht gewählt habe. Zwar behaupten die Genossen, daß sie die Einheitsfront herstellen wollen. Wir, unsere gewerkschaftliche Richtung braucht keine Einheitsfront herzustellen: sie besteht bei keiner andern Richtung. Disziplin in der Bewegung, namentlich aber bei den B. R. W. gewahrleistet einen sichern und guten Erfolg für die gesamte Belegschaft eines Betriebes. Mit der Aufzählung der Laubeit und Trägheit in den Betrieben anzukämpfen und die Wahl für uns erfolgreich durchzuführen, ist doch der Redner seine Ausführungen, die große Begeisterung auslösten. In der Aussprache, die recht lebendig war, wurde das Verhalten manches Unternehmers gegenüber den Betriebsräten geübelt, aber auch diejenigen, denen die Diktatur des Privatariats über alles geht, bekamen zu hören, daß man bei uns sich von dieser Seite ebenfalls ins Unglück hineinziehen lassen will, als dem Unternehmer wohl erworbene Rechte preis zu geben. Ueber manche aufgeworfene Frage konnten die beiden Redner Aufschluß geben.

Mitgeteilt wurde noch, daß nach erfolgter Neuwahl wieder Unterrichtsstunden für die Betriebs- und Arbeiterräte eingeführt würden. Möge die Arbeit, die dafür aufgewandt wird, nicht umsonst getan werden. R. Hg.

und Polierfähigkeit sind Vorzüge des Messings. Wenn aber trotzdem die Beleuchtungsindustrie und das moderne Kunstgewerbe lieber zum Bronzelegierung als zum Messing greift, so hat dies seinen Grund in der besseren Gußfähigkeit der Bronzen vor dem Messing. Nimmerhin spielt Messing auch heute noch die größte Rolle in der Metallindustrie. Die zur Herstellung besonderer Gegenstände notwendigen und bekanntesten Messinglegierungen sind: Stereometall, eine Legierung aus 58 Teilen Kupfer, 40 Teilen Zinn und 2 Teilen Eisen; Stereometall wird für Tischzwecke verwendet. Delta Metall wird aus 56 Teilen Kupfer, 40 Teilen Zinn, 2 Teilen Eisen (oder Mangan) und 2 Teilen Blei gemengt. Es rostet nicht und wird darum vorzüglich für Graben- und Schiffshauszwecke verwendet. Duran Metall ist Deltametall, dem etwas Aluminium zur Erhöhung der Härte beigegeben wurde; es findet Anwendung beim Fassonbau. Messing mit 50—80 Prozent Zinkgehalt hat nahezu silberweiße Farbe und heißt Weißmessing. Dagegen heißt die „rote“ Legierung, die aus 80 Teilen Kupfer und 20 Teilen Zinn besteht, Tombac. Neuzilber, Alpaka (Wienische, Argentinum um.) sind ebenfalls Kupferlegierungen, die aus 50—80 Teilen Kupfer, 12—23 Teilen Nickel und dem Rest aus Zinn oder Wismutmetallen bestehen und die weite Verbreitung in der Verarbeitung der Metallwaren- und Bijouteriefabrikation gefunden haben. Als Beilegierungen sind anzuführen: Hartblei (60—80 Teile Blei, der Rest Antimon und Wismut) und Letternmetall (55—80 Teile Blei, 15—25 Teile Antimon und 1—12 Teile Zinn). Mit den Legierungen kann in der gesamten Metallindustrie der Materialspil durchgeführt werden, der für Maschinen- und Handwerksarbeit den Qualitätsgedanken mit dem kunstgewerblichen Problem und dem Marktwert harmonisch verbindet. M. A. Salewyn.